

Unterrichtung

Hannover, den 13.12.2018

Die Präsidentin des Niedersächsischen Landtages
- Landtagsverwaltung -

Niedersachsen für den kommenden Mehrjährigen Finanzrahmen stark aufstellen

Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU - Drs. 18/2016

Beschlussesempfehlung des Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten und Regionale Entwicklung - Drs. 18/2288

Der Landtag hat in seiner 36. Sitzung am 13.12.2018 folgende EntschlieÙung angenommen:

Niedersachsen für den kommenden Mehrjährigen Finanzrahmen stark aufstellen

Die EU-Kommission hat am 2. Mai 2018 ihren Vorschlag für den Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) 2021 bis 2027 veröffentlicht. Im MFR werden die politischen Prioritäten der EU im genannten Zeitraum finanziell hinterlegt sowie die jährlichen Höchstbeträge für die einzelnen Politikfelder festgelegt.

Infolge des Brexit ist mit Einnahmeausfällen in Höhe von ca. 12 bis 14 Milliarden Euro p. a. zu rechnen, die zu 50 vom Hundert (v. H.) durch Einsparungen gedeckt werden sollen. Gleichzeitig entsteht ein Mehrbedarf durch das Hinzukommen neuer Aufgabenfelder, z. B. Grenzsicherung, europäische Sicherheitspolitik, Migration und Entwicklungszusammenarbeit in Höhe von ca. 10 Milliarden Euro p. a. Der Mehrbedarf soll finanziert werden durch Einsparungen und Umschichtungen (20 v. H.) sowie höhere Beitragsleistungen der Mitgliedstaaten (80 v. H.). In laufenden Preisen sieht der MFR-Entwurf der EU-Kommission bei einer unterstellten Inflation von 2,0 v. H. ein Volumen von 1 279 Milliarden Euro an Verpflichtungsermächtigungen bzw. 1,114 v. H. des EU27-Bruttonationaleinkommens (BNE) vor.

Neben den traditionellen Einnahmequellen - Zölle, Beiträge auf Grundlage der Mehrwertsteuer und Beiträge auf Grundlage des Bruttonationaleinkommens - schlägt die Europäische Kommission eine Modernisierung und Diversifizierung der Einnahmeseite vor. So werden zusätzliche oder alternative Einnahmequellen diskutiert.

Am 29. Mai 2018 hat die Kommission die Verordnungsvorschläge für die Kohäsionspolitik nach 2020 (allgemeine Dach-Verordnung und Europäischer Fonds für regionale Entwicklung - EFRE) und am 30. Mai 2018 den Verordnungsvorschlag für den Europäischen Sozialfonds (ESF+) veröffentlicht. Die Mittelausstattung für die Kohäsionspolitik soll danach insgesamt 330 Milliarden Euro betragen. Für Deutschland sollen davon 15,688 Milliarden Euro bereitgestellt werden, was einer Mittelreduzierung von 21 v. H. gegenüber der laufenden Förderperiode gleichkommt (in konstanten Preisen).

Die Region Lüneburg mit den Landkreisen Celle, Cuxhaven, Harburg, Lüchow-Dannenberg, Lüneburg, Osterholz, Rotenburg, Heidekreis, Stade, Uelzen und Verden soll nach dem Vorschlag der Kommission Übergangsregion bleiben. Die Kohäsionspolitik soll sich künftig statt auf elf „thematische“ auf fünf Politikziele (intelligenteres, grüneres, CO₂-armes, stärker vernetztes, sozialeres und bürgernäheres Europa) konzentrieren. Die meisten Investitionen des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung und des Kohäsionsfonds sollen auf die Ziele „intelligenteres Europa“ und „grüneres Europa“ ausgerichtet werden.

Der Landtag bittet die Landesregierung vor diesem Hintergrund,

1. die strategische Ausrichtung der niedersächsischen Förderpolitik mit Blick auf den kommenden MFR abgestimmt weiterzuentwickeln,

2. auf allen politischen Ebenen, so z. B. im Bundesrat, gegenüber der Bundesregierung und im Ausschuss der Regionen, darauf hinzuwirken, dass die Europäische Union ihren Mehrjährigen Finanzrahmen 2021 bis 2027 noch im Frühjahr 2019 festlegt,
3. die klare Ausrichtung des Haushaltsentwurfs der EU-Kommission auf Maßnahmen mit europäischem Mehrwert auch durch Forderungen nach dem Erhalt einschlägiger Programmvolumina (z. B. INTERREG) zu unterstützen,
4. darauf hinzuwirken, dass der für Deutschland vorgesehene überproportionale Rückgang der Strukturfondsmittel, der Rückgang der GAP-Förderung (insbesondere in der zweiten Säule) und die ebenfalls beabsichtigte Absenkung der EU-Kofinanzierungssätze mindestens abgemildert werden, sodass Niedersachsen auch in Zukunft stark in die Strukturfondsförderung einbezogen und europäische Strukturpolitik in der Fläche sichtbar bleibt,
5. die Vorschläge der EU-Kommission zur Vereinfachung und Flexibilisierung der Förderung aus EFRE, ESF+ und ELER (Europäischer Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums) zu unterstützen, um tatsächlich signifikante Erleichterungen für die Adressaten der Förderung zu schaffen; die Belassung des ELER im Regelungsbereich der Dach-Verordnung neben weiteren Vereinfachungen wäre ein erster wichtiger Schritt hierzu,
6. sich auf allen politischen Ebenen für eine schnelle Verwirklichung der Finanztransaktionssteuer einzusetzen.